

# Sattler- u. Tapezierer-Zeitung

Nr. 21.

Berlin, den 21. Oktober 1899.

13. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends.  
Bezugspreis 60 Pfg. pro Vierteljahr durch  
die Post (Post-Liste Nr. 6636)  
80 Pfg. bei Zusendung unter Streifenband.

Redaktion und Verlag:  
Joh. Fassbender, Berlin, Invalidenstr. 118.

Inserate die 3 gespaltene Nonpareille-  
Zeile 20 Pfg.;  
bei Wiederholungen bedeutende  
Ermäßigung.

## Inhalt.

Zur Würdigung des Parteitages. — Arbeitslosenstatistik für das II. Quartal 1899. — Der Verein der Sattler und Fachgenossen in Berlin. — Arbeitslosen-Unterstützung. — Streiks und Lohnbewegungen. — Briefkasten. — Vereinsnachricht. — Anzeigen.

## Zur Würdigung des Parteitages.

Der diesjährige Parteitag ist dadurch charakterisiert, daß er sich hauptsächlich mit den Angriffen auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei beschäftigte; die Verhandlungen hierüber nahmen  $3\frac{1}{2}$  Tag in Anspruch, wenn man will,  $4\frac{1}{2}$  Tag, denn die Erörterungen über die Militärfrage gehören ja eigentlich auch zur taktischen Stellungnahme. Also  $4\frac{1}{2}$  Tage theoretische Erörterungen! Und auch am ersten Tage wurde ein geraumer Theil der Verhandlungszeit in mehr oder weniger theoretischer Debatte verbracht, da Lebebour eine ebenso langweilige als unnötige Diskussion über den Wbtauer Fall anregte, eine Diskussion, deren Ergebnis für Jeden von vornherein feststehen mußte, der sich des Zwecks der Liste „Unter dem neuen Kurs“, alle Verurtheilungen, die im Zusammenhang mit unseren Parteibestrebungen erfolgen, festzustellen, bewußt geblieben war. Durch möglichste Kürzung der Debatten gelang es, an dem ersten Tage noch die übliche Malfeter-Resolution und eine Resolution, den nächsten internationalen Kongreß betreffend, anzunehmen, so daß von den sechs Verhandlungstagen doch noch ein halber Tag für praktische Fragen gerettet wurde. Und doch konnte Singer seine geschickten Schlussworte beginnen mit den Worten: „Wir dürfen zufrieden sein mit den Ergebnissen dieses Parteitages“. Er sprach damit sicherlich den Teilnehmern an den langen Debatten aus der Seele, denn seine Worte: „wir sind, was wir waren und wir bleiben, was wir sind“ kann man füglich, „mit dem nötigen, bei solchen Dingen üblichen Körnchen Salz“, als die Feststellung des tatsächlichen Ergebnisses dieses Parteitages hinnehmen. Die Partei hatte ihre alte Kraft bewahrt. Nach den ein ganzes Jahr währenden, häufig sehr maßlosen Zeitungsfehden hatte sie auch jene Debatten ertragen; trotz aller Verschiedenheit der Meinungen und Auffassungen in Einzelheiten, trotz des oft nicht nur gereizten, sondern fast unparlamentarischen Tones in den Redeschlachten, trotz der nur zu oft beleidigenden Art der persönlichen Bemerkungen und Zwischenrufe, trotz alledem klang durch die ganzen Verhandlungen das Bewußtsein fester Zusammengehörigkeit durch, einer Zusammengehörigkeit nicht nur für die Gegenwart, die Bewegung, nein auch für die Zukunft, das Endziel. Dieses Hauptergebnis des Parteitages ist keineswegs ein unerwartetes, aber trotzdem ein sehr zufriedenstellendes und wichtiges. Unerwartet war es für Reinen, der sich der Geschichte und der festen Organisation der Partei auch im bestigsten Meinungskampfe des letzten Jahres bewußt geblieben war; zufriedenstellend vor Allem deshalb, weil es zeigte, daß die Genossen über dem Interesse der Partei alle persönlichen, noch so schweren Zerrwürfnisse zu vergessen wissen; wichtig, weil dieses Ergebnis mit herbeigeführt wurde durch eine weitgehende, wenn auch mancherseits noch unwillige Anerkennung derjenigen Bestrebungen in der Partei, welchen man fälschlicherweise den Namen „Gegenwarts-

politik“ beigelegt hat. Weit entfernt, eine orthodoxe Versammlung nach Art der Christenväterkonzile zu sein, hat der Parteitag durch die Annahme der Bebel'schen Resolution und durch seine Mäßigung in der Angelegenheit Hegrimm-Schippel's bewiesen, daß in der Partei für starren Dogmenglauben kein Platz ist, daß der freien Forschung der Sozialwissenschaft keinerlei Hindernisse mehr bereitet werden. Den Wenigen in der Partei, die mehr Gläubige als Wissende sind, muß gerade dieser Parteitag gezeigt haben, daß die Sozialdemokratie die letzten Reste der Sektiererei überwunden hat. Praktische Ergebnisse hat dieser Parteitag, wenn man so will, kaum gehabt; behält man aber im Auge, daß er einen großen Theil der Klärungsarbeit verrichtete, die für die praktische Bethätigung des Sozialismus unentbehrlich war, daß er den Platz schuf für praktischere Parteitage, dann kann man nicht nur, nein dann muß man gerechterweise mit dem Ergebnis zufrieden sein; nach diesen Verhandlungen ist ein Rückfall in die Unterschätzung der praktischen Bethätigung des Sozialismus schlechterdings ausgeschlossen; eine Thatsache, deren Wichtigkeit für die ganze Partei im Allgemeinen, namentlich aber für die Gewerkschaften im Besonderen klar zu Tage liegt.

F. Haupt.

## Arbeitslosenstatistik für das II. Quartal 1899.

J. S. Zunächst muß die in Nr. 11 gegebene Statistik für das I. Quartal ergänzt werden. Auf den Listen für das II. Quartal waren noch eine Anzahl Krankheitsstage und arbeitslose Tage eingetragen, die ins I. Quartal gehören und das zuerst gegebene Bild einigermaßen verändern. An Krankheitsstagen kommen noch 169 hinzu, die sich auf 18 Kollegen vertheilen. Es sind also im Ganzen 117 Kollegen 1934 Tage krank gewesen. Von diesen nachträglich gemeldeten Kollegen waren krank: 2: 1 Tag, 1: 3 T., 2: 4 T., 2: 10 T., 1: 16 T., 1: 18 T., 1: 21 T., 1: 24 T., 1: 28 T., 1: 29 T. Sieben dieser Kollegen waren im Quartal außerdem auch noch wegen Mangel an Arbeit arbeitslos.

Wegen Mangel an Arbeit waren 280 (in der ursprünglichen Aufstellung hieß es 200) Mitglieder an 4878 (3828) Tagen arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit im Einzelnen betrug: 1 Tag 3 Mitglieder, 2 T. 5, 3 T. 10, 4 T. 12, 5 T. 4, 6 T. 14, 7 T. 15, 8 T. 6, 9 T. 6, 10 T. 18, 11 T. 6, 12 T. 9, 13 T. 6, 14 T. 5, 15 T. 4, 16 T. 5, 17 T. 8, 18 T. 8, 19 T. 5, 20 T. 2, 21 T. 3, 22 T. 2, 23 T. 3, 24 T. 4, 25 T. 2, 26 T. 6, 27 T. 1, 28 T. 3, 29 T. 3, 30 T. 3, 31 T. 7, 32 T. 2, 33 T. 2, 34 T. 2, 35 T. 1, 36 T. 2, 37 T. 1, 38 T. 4, 39 T. 1, 40 T. 3, 41 T. 1, 42 T. 3, 43 T. 2, 44 T. 2, 46 T. 1, 47 T. 2, 48 T. 5, 50 T. 1, 51 T. 2, 52 T. 2, 53 T. 2, 54 T. 1, 59 T. 1, 60 T. 1, 61 T. 1, 62 T. 1, 72 T. 1, 76 Tage, an sämtlichen Arbeitstagen des Quartals, 6 Mitglieder. Sieben hiervon waren ein zweites Mal infolge von Krankheit arbeitslos. Bei 115 Mitgliedern lagen die arbeitslosen Tage zusammen, 15 waren zweimal arbeitslos.

Vorausgesetzt, daß nur diejenigen Mitglieder Arbeitslosenunterstützung beziehen, die mehr als 52 Wochen Mitglied sind, ferner, daß die Unterstützung mit dem 7. Tage der Arbeitslosigkeit beginnt und daß im Jahre höchstens für 42 Tage Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wird, dieses vorausgesetzt, wären 86 Mitglieder an 1485 Tagen der Arbeitslosigkeit zu unterstützen gewesen. Hierbei ist angenommen, daß die Arbeitslosigkeit mit dem 1. Januar begonnen hat, daß also in der ersten Woche des Januar keine Unterstützung ausbezahlt wurde. Nun waren aber von den 86 bezugsberechtigten Mitgliedern 81 bereits am 1. Januar arbeitslos und es ist anzunehmen, daß der größere Theil bereits mehr als 6 Tage arbeitslos war, also vom 1. Januar an bezugsberechtigt war; dadurch kämen 186 Tage mehr heraus. Hierzu kommen noch 9 Mitglieder, die nur in der ersten Januarwoche und zwar alle

6 Tage und 1 Mitglied, das die beiden ersten Arbeitstage im Jahre arbeitslos waren. Wären diese bereits vor Neujahr 6 Tage arbeitslos gewesen, so kämen noch 56 Tage hinzu, zusammen also 242 Tage. Hier dürfte man das Richtige treffen, wenn man zwei Drittel dieser Tage, also 162 Tage in Anrechnung bringt. Es kämen also 1597 unterstützungsberechtigte Tage heraus, die bei einer Unterstützungssumme von einer Mark pro Tag 1597 Mt. beanspruchen würden.

Eine Anzahl dieser Tage würde indessen fortfallen, weil die betr. Arbeitslosen im Zeitraum eines Jahres schon für mehr als 42 Tage Unterstützung erhalten haben. Doch müssen wir dieses hier unbeachtet lassen, da uns jeder Anhaltspunkt fehlt. Abzurechnen von den 1597 Mark ist indessen ein Teil der Summe, der im I. Quartal für Reiseunterstützung ausgegeben wurde, denn die auf der Reise zugebrachten arbeitslosen Tage sind oben schon theilweise mitgerechnet. Die ganze Summe können wir nicht in Abzug bringen, da die Reiseunterstützung vom 1. Tage an ausbezahlt wird. Rechnen wir also die Hälfte ab. Wenn wir die Hälfte der im I. Quartal für Reiseunterstützung gezahlten 328,50 Mark von den für die Arbeitslosenunterstützung nötigen 1597 Mark abziehen, so bleiben 1432,75 Mark übrig, das macht auf 2200 Mitglieder vertheilt pro Kopf und Quartal 65,1 Pf. oder 5 Pf. pro Woche.

Eigentlich hat es keinen Zweck, jetzt schon die Aufstellung für das II. Quartal zu bringen, da ja jedenfalls nachträgliche Meldungen einlaufen, die wiederum zu einer Umarbeitung drängen. Doch möge sie hier folgen. Voraus sei bemerkt, daß bei der Zusammenstellung für das II. Quartal mit größerer Sicherheit gearbeitet werden konnte, da die für die erste Jahreswoche nötige Schätzung fortfiel.

Nach den vorläufigen Mittheilungen wurden im II. Quartal 236 Mitglieder arbeitslos und zwar 155 wegen Mangel an Arbeit, 72 wegen Krankheit und 9 wegen Krankheit und noch ein zweites Mal wegen Mangel an Arbeit.

Wegen Krankheit waren also 81 Mitglieder arbeitslos, die zusammen 1464 Krankheitstage aufzuweisen hatten. Die Krankheitsdauer im Einzelnen betrug: 1 Tag krank waren 4 Mitglieder, 2 Tage 5, 3 T. 7, 5 T. 5, 6 T. 7, 7 T. 2, 8 T. 4, 9 T. 5, 10 T. 2, 11 T. 4, 12 T. 4, 13 T. 1, 14 T. 1, 15 T. 1, 16 T. 1, 17 T. 3, 18 T. 1, 20 T. 1, 22 T. 1, 23 T. 1, 24 T. 1, 26 T. 1, 28 T. 1, 29 T. 3, 34 T. 1, 37 T. 1, 38 T. 1, 40 T. 3, 45 T. 1, 49 T. 1, 51 T. 1, 54 T. 1, 74 T. 1, 75 Tage, an sämtlichen Arbeitstagen des Quartals 4 Mitglieder.

Die 164 Mitglieder, die wegen Mangel an Arbeit arbeitslos waren, hatten 2234 arbeitslose Tage aufzuweisen. Die Arbeitslosigkeit im Einzelnen betrug: 1 Tag 5 Mitglieder, 2 T. 8, 3 T. 14, 4 T. 5, 5 T. 13, 6 T. 19, 7 T. 8, 8 T. 4, 9 T. 3, 10 T. 5, 11 T. 6, 12 T. 13, 13 T. 2, 14 T. 8, 15 T. 3, 16 T. 6, 17 T. 3, 18 T. 2, 20 T. 3, 21 T. 3, 22 T. 1, 23 T. 2, 24 T. 3, 25 T. 2, 26 T. 1, 28 T. 3, 29 T. 1, 30 T. 1, 31 T. 1, 32 T. 3, 33 T. 2, 34 T. 1, 40 T. 1, 42 T. 1, 46 T. 2, 48 T. 1, 51 T. 1, 52 T. 1, 56 T. 1, 57 T. 1, 73 T. 1. Bei 163 Mitgliedern lagen die arbeitslosen Tage zusammen, 11 Mitglieder waren zweimal arbeitslos.

Unter der oben angegebenen Voraussetzung (1 Jahr Mitglied, Beginn der Unterstützung mit dem 7. Tage der Arbeitslosigkeit, Höchstdauer 42 Tage) wären 48 Kollegen an 702 Tagen zu unterstützen gewesen. Bei 1 Kollegen mußten 42 bezugsberechtigte Tage gestrichen werden, weil er bereits im I. Quartal für 42 Tage Arbeitslosen-Unterstützung erhalten hatte; bei 7 Kollegen mußten zusammen 120 bezugsberechtigte Tage gestrichen werden, weil sie im ersten Quartale der Höchsthöhe von 42 Tagen mehr oder minder nahe gekommen waren.

Im II. Quartal wurden für Reiseunterstützung 674,75 Mark ausgegeben. Wenn wir hier wiederum die Hälfte in Abzug bringen, so bleiben 344,68 Mark als Mehraufwendung für die Arbeitslosen-Unterstützung übrig. Das macht bei 2200 Mitgliedern pro Kopf und Quartal 16,5 Pf. oder wöchentlich 1,3 Pf.

Wenn nun auch sicher das für das II. Quartal gegebene Bild durch nachträgliche Meldungen bedeutend verändert werden wird, so sehen wir doch, daß bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung keine unmöglichen Beiträge verlangt zu werden brauchen. Im ungünstigsten Winterquartale sind wir mit einem Wochenbeitrage von 5 Pf. im Stande gewesen, die Kosten der Arbeitslosen-Unterstützung zu decken; im günstigeren Sommerquartale wird durch nachträgliche Meldungen vielleicht 3 Pf. herauskommen, mehr auf keinen Fall. Wir wollen zwar nicht verkennen, daß wir zur Zeit in einer sehr günstigen Geschäftsperiode leben, und daß bei eintretenden Krisen die Arbeitslosigkeit bedeutend steigen wird; aber auch dieser Eventualität können wir bei den Ueberflüssen, die wir bei den jetzigen Beiträgen machen und bei unserem Kassendefizit ruhig entgegen sehen.

## Der Verein der Sattler und Fachgenossen in Berlin.

Im Jahre 1878 wurde der Alte Central-Verein der Sattler Deutschlands durch Gerichtskenntnis aufgelöst. Das bald darauf in Kraft tretende Sozialistengesetz räumte mit der Gewerkschafts-

organisation grauenhaft auf. Hunderte von Vereinen und Filialen wurden aufgelöst, ein großer Theil der in der Gewerkschaftsbewegung thätigen Personen wurde ausgewiesen auf Grund dieses Gesetzes. Nur wenige Vereinigungen entgingen diesem Schicksal, und so sehen wir denn in den Jahren 1879 und 1880 so ziemlich die Ruhe des Friedhofes in der Gewerkschaftsbewegung, soweit diese auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stand.

Hatte man auch mit dem Sozialistengesetz die Körper der Arbeiterorganisationen zertrümmern können, den Geist, der darin lebte konnte man nicht vernichten. Im Jahre 1881 wehte politisch ein etwas milderer Wind und im März fand die erste öffentliche Sattlerversammlung in Berlin statt. Diese hatte sich mit Lohn-differenzen, die bei der Firma Dotti ausgebrochen waren, zu beschäftigen. In derselben Versammlung wurde auch der Beschluß gefaßt, einen Verein der Sattler und Fachgenossen Berlins zu gründen. Im April 1881 fand die konstituierende Versammlung des neuen Vereins statt. Holtkötter wurde Vorsitzender, Steindorff Schriftführer, Kabel Kassirer, Giese und Stegmaier Beisitzer, Witthörs, Kotter und Leistner wurden als Redaktoren gewählt. Mit ca. 25 Mitgliedern fing der Verein an. Es war ja sehr wenig, aber immerhin ein Anfang. Johann Jacoby hat einmal den Ausspruch gethan: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins ist für die Kulturgeschichte von größerer Bedeutung als eine gewonnene große Schlacht.“ In diesen Worten liegt eine tiefe Wahrheit.

Auch unser Sattler-Fachverein nahm bald einen erfreulichen Aufschwung und er hat es in seiner Blüthezeit auf ca. 300 Mitglieder gebracht. Gewerkschaftlich konnte ja wenig geleistet werden. Die traurige Lage unseres Geschäfts bis zum Ausgang der 80er Jahre auf der einen Seite, auf der andern der Indifferentismus der Kollegen, das waren zwei Faktoren, mit denen man leider sehr rechnen mußte. Man suchte daher durch Vorträge, Vereinsvergünstigungen und vor allen Dingen durch den Arbeitsnachweis einen gewissen Einfluß zu erreichen. Es wurde dadurch ein fester Stamm von Kollegen zusammengebracht, die sich mit Rath und That gegenseitig unterstützten, und alle, die in den Jahren bis 1886 in den alten Graatwieschen Bierhallen, wo der Verein tagte, verkehrten, werden wohl nie die schönen Abende vergessen, die man dort verbrachte.

Hier kam noch eins dazu: das Sozialistengesetz mit seinen Unterdrückungen bewirkte gerade ein festes Zusammenhalten aller nach Besserstellung strebenden Kräfte. Doch mußte die Leitung des Vereins mit größter Vorsicht arbeiten. Hatte doch der Minister von Puttkamer im Reichstag erklärt: „Hinter jedem Streik steht die Hydra des Sozialismus“ und sozialistische Vereine wurden damals aufgelöst.

Das Jahr 1884 brachte uns die Gründung der Freien Hilfskasse, an deren Zustandekommen sich die Vereinsmitglieder rege beteiligten.

1885 wurde in öffentlicher Versammlung eine Lohnkommission gewählt, deren Vorsitzender Witthörs, deren Kassirer Adolf Gustmann waren. Ihre Thätigkeit beschränkte sich auf die Anbahnung eines Fonds, zu dem die Beiträge ziemlich gut eingingen. Man brachte es auf über 1000 Mt.

Das Jahr 1886 brachte eine schärfere Anwendung des Sozialistengesetzes; die Ausweisung gewerkschaftlich oder politisch bekannter Personen war nichts Neues. Daß unter solchen Umständen die öffentliche Thätigkeit des Vereins eine sehr beschränkte war, ist selbstverständlich. Doch hatten wir im November 1886 seit langen Jahren mal wieder einen Streik. Er betraf die Firma Döring u. Sohn und war durch Maßregelung eines Kollegen entstanden. Unerwarteter Weise wurde auch eine öffentliche Versammlung genehmigt. In derselben wurde beschlossen, ein Flugblatt, welches die Ursachen dieses Streiks feststellte, durch arbeitslose Kollegen in allen Werkstellen verbreiten zu lassen, welches auch prompt ausgeführt wurde. Der Streik wurde durch gegenseitiges Entgegenkommen beigelegt. Einige spätere Versammlungen brachten die bescheidene Forderung von 10ständiger Arbeitszeit und 30 Pf. Minimallohn, auch wurden mehrere Male Fragebogen in allen Werkstellen verbreitet, aber fast ohne Erfolg.

Im April 1887 erschien die erste Nummer der deutschen Sattlerzeitung, durch Kollegen Giese ins Leben gerufen. Man hatte damals auch schon mit der Theilnahmslosigkeit der Kollegen zu rechnen, die höchstens das Einschreibegeld und einen Monatsbeitrag im Verein bezahlten und dann auf Nimmerwiedersehen verschwanden. Im Jahre 1888 brach der große Streik in der Militärreflektandenbranche aus, ohne daß Jemand vorher etwas ahnte. In der Dotti'schen Werkstätte nahm er seinen Anfang und dehnte sich über alle Werkstätten der Militärarbeit aus. Die, welche die anfängliche Leitung in der Hand hatten, waren wohl mit den Verhältnissen wenig vertraut. Da man damals ca. 8 Tage brauchte, ehe eine öffentliche Versammlung genehmigt wurde, so war vorweg viel Zeit verloren. Da man außerdem einen Saal gemietet hatte, dessen Wirth in letzter Stunde wortbrüchig wurde, so standen die Streikenden am Abend vor verschlossener Thür und die Versammlung war ins Wasser gefallen. Erst 8 Tage nach Ausbruch des Streiks konnte die erste Versammlung stattfinden und wurden die Kollegen Ahmann und Marisch als Delegirte ernannt. Obwohl die organisirten Kollegen das Möglichste thaten und die Unterstützung von anderen Gewerkschaften ziemlich reichlich einlief, so war durch die erste verlorene Versammlung das Schicksal des Streiks, dank der Wankel-

mühtigkeit unserer Kollegen, bereits halb entschieden und nach vierwöchentlicher Dauer wurde er beendet, ohne was Nennenswerthes erreicht zu haben. Wie traurig es mit der Solidarität bestellt war, möge hier noch registriert werden.

Der Geschäftsführer der Firma Dotti hatte der Streikkommission sein Wort gegeben, wenn es ihm gelingt, binnen 3 Tagen von seinen ca. 600 wieder arbeitenden Sattlern noch 200 zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, er alle Forderungen bewilligen wolle. Sofort wurde ein Flugblatt, welches diese Worte zur allgemeinen Kenntnis brachte, gedruckt, eine Versammlung einberufen und der Erfolg war — 40 Mann legten die Arbeit nieder und die Anderen arbeiteten ruhig weiter. Erwähnt sei hier noch, daß 100 Streikende nach Elberfeld-Barmen Beschäftigung annahmen, unter Bedingungen, welche den Berliner Forderungen entsprachen. Da alle 100 Mann auf einmal mit der Potsdamer Bahn Abends abfahren und fast von der ganzen streikenden und organisierten Kollegenchaft das Abschiedsgeleit bekamen, so hatten die Berliner Sattler mal wieder einen höchstlichen Abend in dieser traurigen Zeit.

Nach dem Streik wurde seitens der Berliner Kollegen eine Produktiv-Gesellschaft gegründet, die sich mit der Herstellung von Militärschiffen befaßt, sich aber auch nicht lebensfähig zeigte.

Alle diese Vorgänge veranlaßten eine private Besprechung, ob nicht eine Zentral-Organisation besser und zweckmäßiger wäre und die Folge davon war, daß am 29. September 1888 bei Grätzel's eine Versammlung unter Leitung des Kollegen Giese stattfand, in welcher eine Kommission gewählt wurde, die aus den Kollegen Giese, Krüger, Ahmann, Bombin und Haufner bestand und den Auftrag hatte, die notwendigen Vorarbeiten zu veranlassen, ferner einen Kongress behufs Gründung eines Zentralvereins einzuberufen. Da aber in der Kommission, deren letztgenannte 3 Mitglieder an der Lokalorganisation festhielten, eine Einigung nicht erzielt wurde, so legte die Kommission im Dezember ihr Amt nieder. Erst später wurden neue Delegierte gewählt und auf dem Dresdener Kongress 1889 die Gründung eines Zentralvereins beschlossen, dessen Berliner Filiale am 6. Juli 1889 ins Leben gerufen wurde. Von nun an begannen jene unliebsamen Kämpfe zwischen den beiden Vereinen, die wir ja noch heute bei verschiedenen Gewerkschaften sehen und die mit Mitteln von beiden Seiten geführt werden, die einer schlechteren Sache werth wären. Damals suchte man die Konkurrenz der beiden Vereine dadurch zu mildern, daß man die Arbeitsvermittlung einer freien Kommission übertrug, die in öffentlicher Versammlung gewählt war und aus Mitgliedern beider Vereine unter Vorsitz des Kollegen Jul. Veffler gebildet wurde. Auch wurden dieser Arbeitsvermittlungskommission die letzten Reste des Fonds der ehemaligen Lohnkommission als Betriebskapital überwiesen. Das Alles konnte auf die Dauer nicht bestehen, da der Zentralverein sich lebensfähig zeigte und so löste sich im Jahre 1893 der Fachverein nach 12jährigem Bestehen auf.

Man mag über die Lokalorganisationen denken wie man will, aber zu jener Zeit, als der Fachverein ins Leben trat, hing über jeder politischen und gewerkschaftlichen Vereinigung das Damoklesschwert der Auflösung am seidenen Faden. In jener Zeit war an eine große umfassende Vereinigung in unserem Gewert nicht zu denken. Wenn heute der Zentralverband mit 68 Filialen sein zehnjähriges Stiftungsfest feiert, so möge man nicht vergessen, daß jene Kollegen vor 18 Jahren den Grundstein zum Wiederaufbau gelegt, in den schweren Zeiten des Sozialistengesetzes fest und unerschrocken die Ideen der modernen Arbeiterbewegung hochgehalten und unter den schwierigsten Verhältnissen dafür gekämpft haben, daß der Gedanke der Solidarität hochgehalten werde. Wie aber alles im Leben vergänglich ist, hat der Fachverein dieser Vergänglichkeit seinen Tribut zahlen müssen, aber schon vor seiner Auflösung sah man die größere Vereinigung wachsen, mögen sich die alten ehemaligen Kollegen trösten mit dem Dichterwort:

Das Alte stirzt, es ändern sich die Zeiten,  
Und neues Leben blüht aus den Ruinen.

## Arbeitslosen-Unterstützung.

**Nürnberg, 16. September.** Kollege Semle führte in seinem Referat in einer Nürnberger Mitgliederversammlung folgendes aus: Mit Rücksicht auf die neuereingetretenen Mitglieder müsse er die ganze Angelegenheit von Anfang an durchnehmen; es begann Redner mit dem „Eingefandrt“ von Kollegen Zerweis in Nr. 25 v. J. Uebergehend auf die nachfolgenden Berichte von verschiedenen Filialen bezeichnet er die seitherige Diskussion, resp. die Berichte als durchaus unzulänglich und zum Theil oberflächlich. Entweder heißt es ein kurzes Ja ohne jedes Bedenken, oder ein energisches Nein mit wenigen Gründen. Es sei nicht möglich, für weniger klare Köpfe sich ein Bild von der ganzen Angelegenheit zu schaffen. Der erste Hauptfehler sei von der Centralstelle in der Art gemacht, daß bis jetzt noch kein auch nur annähernd zu diskutirender Plan einer Arbeitslosenunterstützung gegeben worden ist. Oder soll die Veröffentlichung der Arbeitslosenunterstützung im Metallarbeiterverband, oder die Statistik der Arbeitslosigkeit der Stadt Berlin, oder die Arbeitslosenversicherung der Stadt Wien, oder die Berechnungen von Seiten des Zentralvorstandes bei der Veröffentlichung der

Statistiken überzeugend wirken. Alles dies kann so wenig beirtdigen, wie Kollege Standke die ganze seitherige Diskussion führt. Redner kommt sodann auf den Bericht der hiesigen Filiale in Nr. 14 vom 15. Juli zu sprechen, in welchem klipp und klar unter Standpunkt dargelegt wurde, in Beziehung auf Unterstützungsweisen. Denn Vergrößerung der Reiseunterstützung, Sterbeunterstützung, Umzugsentschädigung und Arbeitslosenunterstützung, alles aus unserer Kasse, das ist viel. Zu den Gründen übergehend, welche uns veranlassen, einer solch legendreichen Einrichtung, wie der Arbeitslosenunterstützung, Opposition zu machen, wird angeführt, daß, wenn pro Tag 1 Mk. gegeben wird, mehr kann kaum bezahlt werden, diese 6 Mk. pro Woche für einen verheirateten Mann mit Frau und Kinder nichts bedeutet, zu wenig zum Leben, zu viel zum Verhungern. Für die erste Woche giebt's nichts, er muß sein Erspartes hervorholen, die zweite Woche 6 Mk. und das Uebrige vom Ersparten. Bekommt er auf sein Handwerk keine Arbeit, so sucht er sich eher sonstwo Stellung, als mit diesen 6 Mk. zu hungern. Denn wenn sich einer auf dieselbe verläßt, so ist er verlassen. Wenn der Verband finanziell nicht so gestellt ist, daß er seinen arbeitslosen Mitgliedern in Wirklichkeit eine thätkräftige Unterstützung bieten kann, so kann doch unmöglich von einer Besserung die Rede sein. Und daß der Verband dies nicht leisten kann, selbst bei Erhöhung der Beiträge, ohne finanziell geschwächt zu werden, wird selbst unser Kollege Standke zugeben. Was nun die Beitragserhöhung anbelangt, so ist doch ein gewaltiger Unterschied derselben vom Jahre 1897 und heute. 20 Pf. zahlen schließlich selbst die weniger eifrigen, aber 25 Pf. bedeuten für unsere schlecht bezahlten Kollegen, speziell für jene, welche noch in Kost und Logis schwächen, sehr viel. Die in der Stadt, in den Fabriken, zahlen diese Summe schließlich noch gerne, weil sie auch meistentheils besser gestellt sind, aber nicht die auf dem Lande mit ihren 2, 2 50—3 höchstens 4 Mk. Wochenlohn. Glaubt man, diese durch eine solche Arbeitslosenunterstützung bei 25 Pf. Wochenbeitrag heranziehen zu können, ich glaube kaum. Oder hoffen die für dieselbe so energisch eintretenden Kollegen thätkräftig, daß, wenn in unserem Verband diese Einrichtung getroffen ist, sie auch ein wirkliches Agitations- resp. Fangmittel abgibt, gegenüber den indifferenten Kollegen. In dieser Gestalt nun und nimmer, das wird selbst der begeisterte Anhänger zugeben. Stehen thätkräftig unsere Finanzen so gut, daß wir einen guten Rückhalt für alle Zeiten, selbst für Eventualitäten haben? Nein! Denn was bedeuten rund 12 000 Mk. für eine Organisation, die im Entstehen begriffen ist? Einige große Streiks, eine durch wirtschaftliche Krisen hervorgerufene große Arbeitslosigkeit, ein plötzlicher Rückgang der Mitgliederzahl, eine allgemeine Aussperrung u., und unser Kapitalien ist in wenigen Wochen umsonst. Redner ist zwar durchaus nicht für Anhäufung großer Kapitalien, obwohl auch dies oft von außerordentlichem Werthe für einen Verband ist, (Holzarbeiter u. a.), aber man soll nicht große Sprünge unternehmen, wenn ein paar Groschen besammeln sind. Was nun die Vorschläge wenn die Filiale Giesleben betrifft, so ist vor allem der Satz von 75 Pf. die wahre Fronte. Bekommt man den gleichen Betrag bei Arbeitslosigkeit wie auf der Reise, so wählt einer lieber noch das Beketere, dabei kann er die verschleuderten Kommunalunterstützungen beanspruchen, er kann nöthigenfalls noch festsetzen gehen und braucht nicht in der Stadt sitzen bleiben und ausrechnen, wie man mit 75 Pf. leben soll. Die Ergänzungen der Mehrausgaben durch Extrabeiträge würden die gleichen Uebelstände wieder bringen, welche glücklich im Jahre 1897 beseitigt wurden.

Uebergehend auf das „Eingefandrt“ von Kollege Standke, so sind schon im Laufe der Ausführungen die meisten Punkte berührt worden. Doch nahm Redner speziell den einen Satz heraus, worin es heißt, daß es sich lediglich um einflußreiche Mitglieder handelt, die sich ohne jeden triftigen Grund gegen eine derartige Unterstützung sträuben“ und erklärte unter allgemeiner Zustimmung, daß jeder Kollege, ob einflußreich oder nicht, seinen auf Ueberzeugung und Erfahrung beruhenden Standpunkt zum Ausdruck bringen kann, und daß jedenfalls, was Persönlichkeiten anbelangt, die Freunde dieser Einrichtung auch dasselbe thun. Ebenso kann gesagt werden, daß wohl letztere sich ohne jeden triftigen Grund gegen wohlgemeinte Rathschläge der Opposition sträuben.

Anlehnend an einen von Referenten schon früher gestellten Antrag, empfiehlt er, für Urabstimmung einzutreten, um auf diese Weise ein Bild von der allgemeinen, sowohl auch des Einzelnen, Stellung zu bekommen. Vorher sei es aber nothwendig, in Wort und Schrift für die nöthige Aufklärung zu sorgen. Ersteres soll durch Vorträge, vielleicht mit entsprechenden Referenten, letzteres durch Berichte und Eingefandrt von Kollegen beider Lager geschehen. Mit der Versicherung, sich jederzeit der Majorität zu fügen, schloß der Referent seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen.

In der sich entspinneenden Diskussion sprachen sich sämmtliche Redner gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und für eine Urabstimmung aus.

**Nürnberg, 30. September.** Daß ich für meine Person der Arbeitslosen-Unterstützung nicht zu sehr abgeneigt bin, ist nicht abzuleugnen; aber ich kann nicht für meine Person rechnen, denn ich wäre wohl im Stande auch 40 Pf. zu zahlen, sondern ich rechne mit unseren Verhältnissen, hauptsächlich mit den Nürnbergern; ich kenne die Löhnerhältnisse der Kollegen und die Ansprüche, welche

an die Arbeiter gemacht werden. Wie oft habe ich schon die Kollegen ermahnt, sich in unsere Krankenkasse aufnehmen zu lassen, es geschieht nicht, des Geldes wegen. Tritt ein Fall ein, wo er froh wäre, Mitglied der Kasse zu sein, dann zeigt er Reue, sobald er aber gesund ist. Bleibt beim Alten, und das ist nicht nur in Nürnberg so, auch anderwärts ist's dasselbe, und heißt es Erhöhung der Verbandbeiträge, so bin ich überzeugt, es treten viele aus unserm Verband. Kollege Standle sagt: ich gäbe selbst zu, daß die Kollegen schon 25 Pf. bezahlt haben und extra noch 5 Pf. pro Vierteljahr. Dies glaubt wohl Standle selber nicht, ich wiederhole deshalb, wir bezahlten 15 Pf. und vierteljährlich 5 Pf. Extrasteuer. Die Extra-Unterstützungsmarken wurden eben nicht bezahlt, ja selbst viele Verwaltungsmitglieder kleben sie nicht, und dies nur war meines Wissens der Grund, warum der Beitrag von 15 auf 20 Pf. erhöht wurde. Wo sind da die 25 Pf., Kollege Standle, die ich selbst zugebe? Bitte, lesen Sie mein Eingefandt nochmals durch in Nr. 18, und weiter führt Kollege Standle die Bildhauer und Handschuhmacher an. Ebensovienig wie die Buchdrucker zu uns zu rechnen sind, ebensovienig können wir uns mit den Bildhauern vergleichen, von den Handschuhmachern wage ich nichts zu erwähnen, da ich deren Verhältnisse nicht näher kenne. Es wäre für mich sehr von Interesse gewesen, vom Kollegen Standle zu erfahren, ob er glaubt, daß die 5 Pf. Erhöhung ausreichen oder ob er sich nicht selber sagt, daß nach der ersten Erhöhung um 5 Pf. die zweite um weitere 5 Pf. kommt, daß also der Beitrag auf 30 Pf. sich erhöht. Ich glaube denn doch, diese Frage sollte sich Jeder vorlegen, bevor er seine Stimme abgibt.

Kollege Hauenstein, Eisleben, meint: ich hätte den betreffenden Artikel nicht richtig gelesen, oder ich verbehe die Thatsachen. Mit Verlaub, Kollege H., richtig ist, daß nur Vorschläge gemacht wurden, es heißt aber, daß es möglich wäre, in diesem Sinne die Unterstützung ohne Erhöhung einzuführen, wohlverstanden! Dann heißt es: an Stelle der Beitragserhöhung schlägt Kollege H. eine vierteljährliche Extrasteuer, und falls der Bestand der Hauptkasse unter 8000 M. sinkt, eine zweite Erhöhung vor. So schwarz auf weiß im Bericht von Eisleben. Das sind nur Vorschläge, meint Kollege H.; gut, ich bin aber der Meinung, sobald Vorschläge in unserer Zeitung gemacht werden, sind dieselben auch der öffentlichen Kritik unterworfen, wer das nicht will, behalte sie für sich; ich für meine Person bekämpfe jede indirekte Steuer, sei es im Staat oder in der Gemeinde. Extrasteuern sind ein indirektes Steuerwesen, welches in unserem Verein zu vermeiden ist. Es ist übrigens sonderbar, daß Kollege H. zuerst mit einer Beitragserhöhung mit Rücksicht auf unsere schlechten Löhne Bedenken hat, also sich deshalb sozusagen als Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung scheinen läßt. Zum Schluß seiner Erwiderung aber fordert er alle Freunde auf, mit aller Kraft für dieselbe einzutreten; welche Stimme mag hier so schnell aus einem Paulus einen Paulus gemacht haben?

Auch Kollege Herchenröder, Striegau, wendet sich gegen mich. Anfangs seines Artikels giebt er selber zu, daß er jeder Zeit nur für eine Kampforganisation war. Er nennt die jetzt betriebene Bahn eine schlüpfrige, da hat er meinen Beifall. Nun wundert er sich über meine Behauptung, ich hätte noch nichts Stichtaftiges zu Gunsten der Unterstützung gefunden. Ich kann dem Kollegen H. nur sagen, daß ich mit Ausnahme des Artikels in Nr. 10 vom 8. Mai 1897, vom Reichstagsabgeordneten Bod geschrieben, sehr wenig Interessantes, d. h. mit Ausnahme der Sassenbach'schen Statistik, in unserem Blatte gefunden habe. Wenn jetzt durch meine Kritik an Standle's Eingefandt die Geister lebendig werden, so kann mich das nur freuen. Sollte ich durch diese Debatte zu einer anderen Anschauung kommen, so werde ich keinen Augenblick zögern, dies öffentlich einzugestehen. Kollege Herich meint, ob es recht sei, daß verheiratete Kollegen ohne Unterstützung bleiben; ich sage nein. Aber so lange unsere Lage keine bessere ist, und wir so hohe Beiträge nicht leisten können, um etwas Ganzes zu schaffen, kann ich mich nicht für die Unterstützung erwärmen. Ich weise ferner den Vorwurf zurück, ich hätte gesagt, daß mir die Statistiken keine Gewähr bieten; ich habe das nur mit der Sassenbach'schen Statistik mit nur 5 Pf. gemeint, daß mir dieselbe keine Gewähr für die Durchführbarkeit bietet; auch ich bin der Meinung, daß die Statistiken unsere beste Grundlage sind, darum warten wir doch einmal die Jahresstatistik ab, von einer kaum vierteljährlichen kann die Gewähr nicht gegeben sein.

Joh. Hagenstein.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Berlin.** Bei der Firma Einbrodt u. Raib, Alte Jakobstr. 86, haben 10 Läscher die Arbeit niedergelegt. Näheres ist aus dem Berammlungsbericht zu ersehen.

### Verichtigung.

In Bezug auf meinen Artikel in der letzten Nummer unserer Zeitung theile ich mit, daß sich in demselben ein sinnentstellender Fehler befindet. Die Ortskasse in Leipzig hat nicht 11 200, sondern 112 000 Mitglieder.

Herm. Buchfleisch.

### Briefkasten.

Wer sein Eingefandt in dieser Nummer vermisst, darf immer noch hoffen, daß es in einer der nächsten Nummern erscheinen wird.

## Vereinstheil.

### Verband der Sattler, Capezierer und verwandten Berufsgenossen.

#### Bekanntmachung betr. Generalversammlung.

Vorstand und Ausschuß haben in der gemeinsamen Sitzung vom 12. Oktober beschlossen, unsere vierte Generalversammlung zum 16. und 17. April 1900 (2. und 3. Osterfeiertag) nach Berlin einzuberufen.

Ferner wurde beschlossen, in der zweiten Hälfte des Januar eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung vorzunehmen. Bei dieser Urabstimmung soll nur die eine Frage entschieden werden, ob die Mehrzahl der Mitglieder für oder gegen die Arbeitslosen-Unterstützung ist. Spricht sich die Mehrzahl gegen die Arbeitslosen-Unterstützung aus, so wird dieser Punkt überhaupt nicht auf die Tagesordnung der Generalversammlung gesetzt werden; spricht sie sich dafür aus, so hat die Generalversammlung die Einzelheiten festzusetzen, unter denen sie in Kraft tritt.

An der Urabstimmung dürfen nur diejenigen Mitglieder teilnehmen, die mit ihren Beiträgen nicht mehr als 10 Wochen im Rückstande sind, oder aber Stundung erhalten haben.

Bei der Einteilung der Wahlbezirke wird die Einnahme des IV. Quartals als Grundlage dienen.

**Der Vorstand.**

J. A.: Joh. Sassenbach.

**Der Ausschuß.**

J. A.: Peter Blum.

#### Bekanntmachung.

Die Ortsverwaltungen werden auf den letzten Absatz des § 15 unserer Satzungen ganz besonders aufmerksam gemacht. Der Vorstand verlangt unbedingt, daß der am Quartalschluß vorhandene Kassenbestand, so weit er 20 M. übersteigt, an die Hauptkasse eingefandt wird. Diejenigen Verwaltungen, die dem nicht nachkommen, werden öffentlich dazu aufgefordert werden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 1b, Ernst Ashauer, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt. Dem betr. Mitgliede wurde ein Ersatzbuch ausgestellt.

Abrechnungen sandten ein: Altenburg, Berlin III, Bielefeld, Brandenburg, Braunschweig, Eisleben, Frankfurt, Gbrellt, Hannover, Kaiserlautern, Karlsruhe, Leipzig I, Leipzig II, Mainz, Mannheim, Mülheim, Posen, Potsdam, Striegau, Uetersen und Worms.

**Der Vorstand.**

J. A.: Joh. Sassenbach.

#### Abrechnung vom 4. bis 18. Oktober 1899.

Einsendungen von Verwaltungen: München 100,—, Mannheim 50,—, Berlin III 295,—, Leipzig II 106,56, Ebersfeld 50,—, Oberrad 39,80, Karlsruhe 14,90, Mülheim a. Ruhr 20,—, Breslau 80,—, Potsdam 15,—, Posen 7,81, Ulm 15,—, Offenbach 100,—, Eisleben 60,—, Brandenburg 70,—, Kassel 40,—, Frankfurt a. M. 70,—, Dresden 20,—, Zwickau 20,—, Kaiserlautern 70,—, Stuttgart 40,—, Braunschweig 40,—, Berlin I 185,— M. Summa 1449,07 M.

Eintritte von Einzelmitgliedern: (G. Jänemann 0,50, G. Jänemann 0,50, Etade), B. Franke-Gr. Salze 0,50, M. Krügel-Rostock 0,50, J. Schröder-Rostock 0,50, (P. H. Dietrich 0,50, H. Müller 0,50, Haslach), G. Wädler-Rostock 0,50 M. Summa 4,— M.

Beiträge von Einzelmitgliedern: A. Hofmann-Otterndorf 0,80, G. Finemann 0,80, Ch. Juremann 0,80, (Stade), L. Kretschmar-Bühlow 2,—, E. Koos-Reichenbach 2,60, W. Hessel-Oberndorf 2,60, H. Franke-Gr. Salze 0,40, H. Duallmann-Gelle 2,—, M. Krügel-Rostock 1,40, A. Eiding-Sevelsberg 3,—, J. Dittmer-Schleswig 0,80, A. Stenaff-Rostock 1,—, J. Schröder-Rosslau 0,40, G. Kellermann-Belede 2,40, D. Köhn-Einbeck 2,—, H. Dietke-Homburg 3,—, B. Vialikowski-Wesselsburen 3,20, B. Noak-Rossen 3,—, W. Blau-Wusterhausen 1,80, (E. Wilsbarn 2,60, A. Sieble 2,40, Bückeburg), A. Pädert-Bitterfeld 2,60, (H. Heinrich 1,—, A. Müller 1,—, Haslach), E. Mähler-Rostock 0,80, H. Becker-Haren 4,—, M. Summa 48,40 Ml.

Georg Standle, Hauptkassirer.  
Berlin S., Fichtestr. 33.

## Mitteilungen der Agitations-Komitees.

### Bericht

#### der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg.

Die Kommission begann ihre Tätigkeit unter sehr ungünstigen Verhältnissen im Februar, sowie sie auch während der ganzen Zeit ihres Bestehens mit Widerwärtigkeiten zu kämpfen hatte, theils lag es an den Kollegen, welche sich in die Kommission wählen ließen, es aber nicht der Mühe werth fanden, auch nur ein einziges Mal zu erscheinen, theils an den Verhältnissen selbst. Da von früher her so gut wie gar nichts in Agitation geleistet war und die Berliner Filialen sowie Brandenburg ihre Agitation allein betreiben, so suchte die Kommission ihre Tätigkeit in den kleineren Orten der Provinz zu entfalten, leider war aber auch hier kein Erfolg zu verzeichnen, da die Kollegen zu theilnahmelos sind, ja sie sahen sich nicht mal bemüht, auf Briefe zu antworten, obwohl Couvert mit Adresse und Marke beilag. Als die Zwangstimmung der Sattler für Berlin und Vororte ins Leben trat, ergriff die Kommission die Initiative, um die weni gen Rechte, die den Gehilfen gelassen sind, auszunutzen und den Gesellen-Ausschuß in unsere Hände zu bekommen; es wurden auch thatsächlich nur bewährte organisierte Kollegen gewählt. Im Weiteren versuchte die Kommission, in Rixdorf wieder eine Filiale zu gründen, es fand dorthin eine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit diesem Thema befaßte, auch waren mehrfach Konferenzen mit Rixdorfer Kollegen, aber der Erfolg gleich Null. Es mag zum Theil auch daran liegen, daß die Kollegen, welche draußen wohnen, fast durchweg in Berlin arbeiten. In Spandau, wo ja zu Zeiten hunderte Sattler beschäftigt sind, ist es nicht möglich, eine Filiale zu gründen, die Kollegen, welche da wohnen, sind meistens ältere Leute, die sich dem Verband gegenüber strikte ablehnend verhalten, nun, vielleicht dämmerts auch bereits in ihren Köpfen. Mit Arbeitseinstellungen hatte die Kommission bisher nichts zu thun, da im Allgemeinen kein gerade flatter Geschäftsgang war. An Sitzungen hatte die Kommission 8 abgehalten, in denselben wurden sehr reichhaltige Tages-Ordnungen erledigt, öffentliche Versammlungen fanden 2 statt, eine in Rixdorf. An Briefen sind bei der Kommission 13 eingegangen, erledigt wurden 79 inkl. Sitzungseinladungen. Einzelne Filialen, welche ihre Agitation selbst betreiben, aber die Kosten dafür nicht aufbringen konnten, wurden von uns mit Geld unterstützt.

Zuletzt möchten wir noch bemerken, daß der Bericht deshalb so spät erscheint, weil 1. ein Wechsel im Vorsth eintrat, 2. war der Kassirer längere Zeit krank und dann waren nach dem ersten halben Jahre fast durchweg neue Mitglieder.

Trotzdem der Bericht nur Unerfreuliches bis jetzt bringt, ist nunmehr begründete Aussicht vorhanden, daß unsere Tätigkeit von Erfolg sein wird.

Der Kassenbericht für das erste halbe Jahr ist folgender:

Einnahmen	
An Kassenbestand von der alten Kommission übernommen	20,54 Ml.
Beitrag für das 1. Quartal erhalten	88,50 "
Beitrag für das 2. Quartal erhalten	96,20 "
Ertrag einer Tellersammlung	7,— "
Summa	207,24 Ml.
Ausgaben	
Für die Lokalkommission der Filiale I.	15,— Ml.
die Lokalkommission der Filiale III.	20,— "
die Filiale Charlottenburg	5,— "
Referate in 2 öffentlichen Versammlungen	10,— "
Anserate, Säulen-Anschläge, Druckfachen	30,90 "
Entschädigung für Sitzungen und Jahrgeld	12,20 "
Umschreiben, Stempel zc.	3,75 "
Porto des Vorstehenden und Kassirers	8,47 "
Summa	100,82 Ml.

Bilanz	
Einnahme	207,24 Ml.
Ausgabe	100,82 "
Bestand am 1. Juli	106,92 Ml.

Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg.  
J. A. S. Lange, Vorsitzender,  
Friedrichshagen, Wilhelmstraße 85.

## Nachtrag zum Adressen-Verzeichniß.

Rosenheim. R. Hans Bauer. K. Jos. Nechenauer, Kaiserstr. 6. V. Garkhaus zum deutschen Jäger.  
München. Reise-Unterstützung bei Martin Schulz, Schneider, Reichhof Nr. 18.  
Eisenach. B. Bures, Freistraße 44.  
Hannover. Obmann des Agitationskomitees Jos. Köding, Mittlere Kreuzgasse 19.  
Hildesheim. K. Pätzolt, Seehäuser Platz 8138.  
Mainz. B. K. Klein, Große Langgasse 3. K. Fr. Hertel, Welschnonnen-gasse 1, II. (7-8 Ubr.)  
Hildesfeld. V. Heinrich Schoors, Bahnhofstraße 11.  
Leipzig I. B. Heinrich Busch, Lindenau, Gutsmuthsstraße 20, IV.

Berlin I. Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Filiale I tagte am 23. September im Englischen Hof. Genosse Ad. Hoffmann referirte über „Den Kampf ums Dasein.“ In seinem einständigen Vortrag schilderte er in trefflicher Weise das Leben eines Proletariats, von der Wiege bis zum Grabe. Lebhafter Beifall wurde ihm zu Theil. Alsdann wurde das prozenhafte Verhalten des Militäreffektenfabrikanten Ludewig, Lindenstr. 93, einer scharfen Kritik unterzogen. Genannter Herr hat unter anderen Militär-lieferungen, auch Artillerie-Kartuschen anzufertigen, hierfür bot er den Arbeitern für das Fertigmachen der Kart. 0,50 Ml. Nachdem zwei Kollegen einen Theil fertig gestellt hatten, kamen sie zu der Ueberzeugung, daß die Arbeit für diesen Preis nicht zu machen ginge, und wandten sich an Herrn Ludewig, um eine Zulage zu erlangen, was ihnen jedoch abgeschlagen wurde, worauf die beiden Kollegen die Arbeit niederlegten. Am Sonnabend, bei der Löb-nung, erklärte nun der Fabrikant jedem Arbeiter, er müßte seine bisherige Arbeit unterbrechen, und Kartuschen anfertigen, dieselben wären dringend, wer nicht will, der kann gehen. Die Kollegen einigten sich dahin, Letzteres vorzuziehen als für diesen Preis zu arbeiten. Am Montag wurden sie noch einmal vorstellig, um wenigstens eine Zulage von 5 Pf. pro Stück zu erreichen, aber auch dieses wurde in schroffster Weise abgelehnt. Daraufhin verließen sämmtliche Kollegen, bis auf einen Lohnarbeiter, ihre Plätze. Als die Werkstatt geräumt war, fragte Herr Ludewig den Zurückgebliebenen, ob er dieselbe Meinung wie seine Kollegen hätte, als dies bejaht wurde, erklärte Herr Ludewig dem Kollegen, er ließe sich nicht gern unter die Karten sehen, es wäre besser, er ginge auch. Am nächsten Morgen prangte an den Anschlagstulen in fetten Lettern: „Sattler, in und außer dem Hause werden gesucht.“ Um seinen Kopf durchzusetzen, bezahlte er lieber das Doppelte für Plakate, denn hätte er pro Stück 6 Pf. zugelegt, so machte es bei 180 Kartuschen (mehr waren es nicht) 6,50 Ml., die Plakate kosteten aber das Doppelte. Herr Ludewig dachte wohl, die Berliner Sattler stehen ihm zur Verfügung, aber er hatte falsch gerechnet, die Reservearmee war bei der augenblicklichen guten Konjunktur nicht vorhanden, das geht daraus hervor, daß er Einzelne, die anfragten, zuredeht, gleich anzufangen und ihnen sagte, sie hätten als Ersten die Aussicht auf gute Plätze, Lebensstellung u. s. w. Etwa 6 oder 7 Kollegen gingen auf den Heim, meistens Zugeressene und Ausgelernte; er scheint aber mit den in dieser Branche ungeliebten Leuten nicht zurecht zu kommen, denn er hat bereits den zuletzt entlassenen Kollegen brieflich auf-gefordert, wieder anzufangen, er beläme 1 Mark mehr als vorher. Leider folgte auch dieser Kollege, welchen er Tags zuvor in schroffster Weise den Stuhl vor die Thür setzte, wahrscheinlich durch die Zu-lage verlockt, der Aufforderung. Ein zweites Mal wird sich wohl dieser Proh hüten, mit seinen Arbeitern so zu verfahren, denn sein Renommee wird sicher nicht dadurch gehoben. Herr Ludewig scheint den Fußstapfen des vielberühmten, schon mehrmals bankrottirten Militäreffektenfabrikanten Elkan zu folgen. Wir können ihn nur rathen, den schlaftrigen Pfad zu verlassen.

Berlin I. Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung tagte am 7. Oktober im Englischen Hof. Herr Dr. Wollheim sprach in einem 1 stündigen Vortrag über „Geistliche Entwicklung der Menschheit.“ Reicher Beifall wurde ihm für seine lehrreichen Ausführungen zu Theil. Alsdann wurde in eine Diskussion übergetreten betreffs des Eingekandt des Kollegen Standle über die Urabstim-mung der Arbeitslosen-Unterstützung. Sämmtliche Redner sprachen für Urabstimmung, nach Schluß der Diskussion stimmte die Ver-sammlung einstimmig für die Urabstimmung. Der Vorsitzende macht bekannt, daß die Vorstände Berlins beschlossen haben, bei der nächsten Delegirtenwahl der Ortskrankenkasse Organisirte aufzu-stellen, Filiale I. hat 22 zu stellen. Es müssen Mitglieder der Kaffe sein und 21 Jahr alt. Alsdann wurde zur Wahl eines Arbeits-nachweiskührers geschritten. Kollege Zwora wurde gewählt. Es schloß sich noch eine längere Diskussion an, welche leider sehr durch seine persönlichen Ausführungen dieses unterbrach. Alsdann be-schwerte sich Kollege Habermann, daß der Bericht der Versammlung vom 28. September, in welcher die Angelegenheit der Firma Ludewig zur Sprache kam, in der Sattler-Zeitung nicht erschienen und im „Vorwärts“ ein kurzer, unwahrer Bericht erschienen ist. Der Schriftführer ist doch beauftragt worden, an beide Zeitungen einen ausführlichen Bericht zu senden. Kollege Schneider erwidert darauf, daß er es auch gethan hat und er kein Verschulden daran hat, ebenso wenig an dem verfallenen Bericht im „Vorwärts“. Weiter führt Schneider an, daß es Schwierigkeiten kostet, ehe ein Bericht der Sattler im „Vorwärts“ erscheint und wenn durch Zu-fall ein Bericht aufgenommen wird, dann geschieht es 8 oder 14 Tage später, aber in ganz entstellter Weise. Daraufhin wird beschlossen, energisch gegen den „Vorwärts“ und die Sattler-Zeitung vorzugehen. Schluß der Versammlung 12 Uhr.

**Berlin III.** Bericht über die öffentliche Versammlung vom 12. Oktober. Kollege Lischke eröffnet die Versammlung um 9 1/2 Uhr, anwesend waren 110 Personen. Zunächst wurde dem Kollegen Hümann das Wort erteilt. Derselbe schildert in längerer Rede den Ausstand bei der Firma Einbrodt u. Kalb, Alte Jakobstr. 86.

Die Handlungsweise dieser Herren unseren Kollegen gegenüber spottet jeder Beschreibung, denn Rosenamen, wie Schafkopf, Fiel u. s. w. sind an der Tagesordnung. (Weßhalb vor einigen Wochen ein Kollege die Arbeit niederlegte.) Herr Kalb erlaubte sich sogar den Ausdruck zu gebrauchen: „Die Bande verfluchte müßte man rauschmeißen.“ Diese Ausdrücke schlugen dem Haß den Boden aus, denn die Kollegen rüttelten sich auf und machten endlich dagegen energisch Front. Es wurde eine Werkstattversammlung einberufen und beschlossen, 8 Kollegen zu wählen, welche vorstellig werden sollten: 1. Wegen dieser Ausdrücke. 2. Wegen den überhandnehmenden Schmutz in den Werkstuben (denn treten konnte man nicht mehr) und 3. wegen Lieferung von Handtüchern, da es die werthen Herren für genügend erachteten, für 15 Kollegen, 2 Bekränge und 8 Arbeitsbüchsen insgesammt jede Woche sage und schreibe 2 Stück gütigst zu liefern. Die Werkstattkommission begab sich also am nächsten Tage in der Frühstückspause zu den Herren Chefs. Da Kollege Thiele als Redner gelooft wurde, trug derselbe die Wünsche seiner Kollegen vor. Herr Kalb erwiderte jedoch: „Mit der verfluchten Bande habe er die Kaufsejungen gemeint.“ Kollege Thiele setzte ihm jedoch seinen Irrthum auseinander, worauf er einen anderen Herrn von der Kommission in das Geschäftslokal rief, die Thür hinter sich zumachte und mit demselben allein weiter verhandelte. Herr Einbrodt war gebildet genug, daß er herausbrüllte: „Thiele soll sich zum Teufel scheeren.“ Der Kollege ging, nahm sein Werkzeug, hörte sofort auf und überließ es vorläufig seinen Kollegen, nach ihrem eigenem Ermessen zu handeln. Redner kommt darauf zurück, daß die Herrn Meister gern haben möchten, die Gehilfen sollen den Befähigungsnachweis führen. Es wäre richtiger, wenn Meister wie die Herren Einbrodt u. Kalb den Umgang mit Menschen würden kennen lernen, damit sie ihren Arbeitern für die Zukunft keine schmutzige, sondern eine menschenwürdige Behandlung zu theil werden lassen. Redner fährt in seiner Schilderung fort und kommt auf das Bezahlen des Krankengeldes und das Kündigungswesen zu sprechen. Es seien einzelne Bedrohung da, welchen kein Kassengeld abgezogen wird und welche auch Kündigungszeit hätten, während die übrigen Kollegen diese Vergünstigung nicht besitzen. Die Kollegen werden also in Stufen eingetheilt. Die Herren verlangen jedoch, daß der weniger bezahlte Arbeiter ebensowohl letzten soll, wie der am meisten bezahlte. Die Kollegen werden von Seiten des Herrn Kalb angetrieben wie seinerzeit die Leibknechte von den Volkten mit der Krute, der einzige Unterschied ist der, daß die Krute noch nicht angeschafft ist. Wegen dieser Mißstände wurde in einer späteren Werkstattversammlung beschlossen, den Herren ein Schriftstück zu unterbreiten, worin die Forderung aufgestellt wurde, entweder sämtliche Kollegen vom Krankentassenbeitrag zu befreien und Kündigung zu gewähren oder Alle zahlen zu lassen und keine Kündigung. 10 Kollegen unterschrieben dieses, 5 jedoch nicht. Kollege Marxlein unternahm es, diese Unterschriften zu sammeln. Dieses führte zu seiner Entlassung (Wagregelung). Kollege Marxlein frag nach dem Grund seiner Entlassung und erhielt zur Antwort: Es sei nichts zu thun, auf Lager würde nicht mehr gearbeitet werden. Vor Wochen wollte dieser Kollege aufhören, wurde aber von Herrn Kalb überredet zu bleiben, er bekam Zulage und weitere Zulage wurde ihm in Aussicht gestellt. Es liegt also klar auf der Hand, daß Kollege Marxlein gemahregelt wurde. Er sowohl, wie vier andere Kollegen legten sofort die Arbeit nieder, 5 weitere Kollegen folgten. Herr Einbrodt machte dazu die Bemerkung: „Solchem hergelaufenen Menschen folgen die Anderen.“ Es stehen also 10 Kollegen im Ausstand. Jetzt trat die Kommission von unserer Zentrale in Aktion. Die Herren der Firma wurden per Brief benachrichtigt, wann die Kommission zu ihnen kommen würde. Die Herren der Firma waren jedoch nicht da, sondern nur das Ladenmädchen, welches prächtig antwortete auf die Frage, wann die Herren zu treffen wären: „Denken Sie denn, die Herren werden sich das Mittagessen kalt werden lassen? Wir haben keine Bange!“

Redner hebt dann einen Vorfall hervor, wie der Sattlergeselle Mewes mit den Ausständigen in einem Lokal Streit provozierte. Es dauerte nicht lange, so erschienen Beamte um event. die Arbeitswilligen zu schügen. Hier kann man mit Recht sagen: „Schütz den Ausständigen gegen derartige Leute“ und nicht wie es in der Buchhausvorlage verlangt wurde: „Schütz den Arbeitswilligen.“ Zum Schluß seiner Rede liest Kollege Hümann einen Brief der Firma vor. In demselben heißt es: „Die Rassenangelegenheit und Kündigung sind geregelt, wir können aber wegen schlechten Geschäftsgangs keine Leute einstellen.“ Eigenthümlich, fährt Redner fort, hier heißt es schlechter Geschäftsgang und dabei lassen die Leute nach Arbeitern annonciren. Am Dienstag hat sogar ein Zugereister angefangen und am Donnerstag wieder aufgehört; er hatte sich wohl eines Besseren belehren lassen. Jetzt weiß Redner darauf hin, wie nöthig es ist, einer Organisation anzugehören und schließlich seine Rede mit dem Wunsche, daß die nichtorganisirten Kollegen endlich zur Einsicht kommen und sich uns anschließen möchten.

Kollege Giebler erörtert in kurzen Worten, daß Mewes gesagt hat, die Kollegen hätten ihm erst fragen sollen, ob sie die Arbeit

niederlegen oder nicht. (Heiterkeit.) Kollege Thiele spricht sodann über die Handtücher, welche am Mittwoch schon aussehen, daß man glauben könnte, die Krüge zu bekommen. Derselbe machte auch darauf aufmerksam, daß selbst der Hauswirth über den Schmutz in den Werkstuben geschrieben hat, es sehe aus wie ein Schweinestall. Herr Kalb kam oben und erzählte dieses selbst. Redner kommt dann darauf zu sprechen, daß Herr Einbrodt die Schmettelkett von wegen zum Teufel scheeren zurückgenommen habe und ihn zu geedet hat, weiter zu arbeiten, er brauche einen Meister und sie Leute, er solle den Vorfall vergessen. Derselbe zog es aber vor, auf diese werthe Firma zu verzichten. Redner bedauert sehr, daß selbst einer von der Werkstattkommission, der Buchbinder, Krug mit Namen, Arbeitswilliger ist. Der Redner theilte mit, daß Herr Einbrodt vor längerer Zeit zu dem der Kommission gegenüber prohenhaft auftretenden Ladenmädchen gesagt hat (weil dieselbe einen Montag nicht im Geschäft gewesen ist). „Sie Frauenzimmer, machen Sie, daß Sie rauskommen, was denken Sie sich eigentlich.“ Herr Kalb sprach ihr aber gut zu zum Bleiben und siehe da, sie blieb. — Zum Schluß seiner Rede theilte Kollege Thiele mit, daß auf seinen Antrag der Sattlergeselle Mewes aus dem Verband ausgeschlossen worden ist wegen Vergehens gegen den § 6, Abs. B unseres Statuts, worüber Redner und Versammlung ihrer Freude Ausdruck gaben.

Verschiedene Kollegen brachten noch Mißstände aus Tageslicht, wie z. B. Kontrolle der Arbeit, Reinlichkeit der Fenstern, Feuergefähr und Anderes mehr.

Eines sei noch zur allgemeinen Heiterkeit erwähnt, welches Kollege Heß zum Besten gab. Herr Kalb kam vor einigen Tagen nach der Herberge zur Heimath, um zugereiste Kollegen einzustellen. Ein jüngerer Kollege dankte dafür, als Kofferarbeiter zu gehen, jetzt wurde Kollege Heß gefragt, ob er arbeiten wolle, was mit Ja erwidert wurde, als er jedoch hörte, bei der Firma Einbrodt u. Kalb, frag derselbe über den Grund des Ausstandes, und er bekam die drohlige Antwort, ja sehen Sie, wenn es den Leuten zu gut geht, dann gehen sie auf's Eis. Jetzt stellte Herr Kalb die Frage, Sie gehören wohl auch zum Verband an, da bekam er die prompte Antwort, jawohl, es ist besser, Sie sehen sich nach jemand Anderen um. Herr Kalb mußte nun über diese Erfahrung sehr betrübt (wie ein Geher, dem die Felle weggeschwommen) von dannen schleichen. Jetzt wurde eine Resolution von den Kollegen Wih. Giebler, Hanke und L. Peters eingereicht, welche einstimmig angenommen wurde, dieselbe lautet:

#### Resolution:

Die am 12. Oktober in Spiegelbergs Lokal tagende öffentliche Versammlung aller in der Taschen- und Kofferbranche beschäftigten Personen spricht hierdurch den ausständigen Kollegen bei der Firma Einbrodt u. Kalb ihre volle Sympathie aus und erwartet von ihnen, daß sie sich wie bisher zusammenziehen, um ihre berechtigten Forderungen zu erringen und verspricht, dieselben in vollem Maße zu unterstützen. Die Versammlung verurtheilt aufs Schärfste die Handlungsweise der dort noch in Arbeit stehenden Kollegen.

**Braunschweig.** Unsere am 12. v. M. stattgefundene Sattler- und Tapezierer-Versammlung beschäftigte sich mit zwei Punkten. 1. Unsere Lohnstatistik. 2. Gewerkschaftliches.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt Kollege Wischoller das Wort, welcher den Sattlern vor Augen führte, wie weit sie hinter den Tapezierern zurückständen, da dieselben bei neunständiger Arbeitszeit weit mehr verdienen, als die Sattler, welche täglich zehn Stunden arbeiten. Derselbe ersuchte die Kollegen Schritte zu thun, um ihre Lage etwas zu verbessern, damit es nicht immer heiße, die Sattler sind den Tapezierern gegenüber Lohnrücker. Die Ausführungen des Redners fanden die vollste Unterstützung der Versammlung. Zum zweiten Punkt wurde bekannt gegeben, daß die Sattler- und Tapezierer-Herberge sich nicht mehr im Bairischen Hof, sondern in dem neu errichteten Gewerkschaftshaus befindet, welches sich die Gewerkschaften Braunschweigs Ede Kaiser- und Werberstraße errichtet haben.

**Charlottenburg.** Am 18. September fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Arbeitslosen-Unterstützung. Da Kollege Heß, welcher das Referat übernommen hatte, nicht erschienen war, so wurde in eine Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung eingetreten, zu welcher Kollege Hay eine kurze Einleitung gab. Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Zentrale Charlottenburg stellt den Antrag, über die Arbeitslosen-Unterstützung eine Urabstimmung vorzunehmen und ersucht die anderen Zentralen hierzu Stellung zu nehmen.“

**Dessau.** Die hier zureisenden Kollegen werden gebeten, sich vor Annahme von Arbeit an die Ortsverwaltung zu wenden.

**Hamburg.** Am 2. September fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt; bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende des in Uetersen verstorbenen Kollegen Wegner und ließ ihm die letzte Ehre in üblicher Weise zu Theil werden. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Sittensfeld einen sehr interessanten Vortrag

Unsere Arbeitslosenunterstützung lautete der 2. Punkt der Tagesordnung; hierzu brachte Kollege Soltmann eine aus dem Arbeitsnachweis entnommene Statistik, welche aufweist, daß die Arbeitslosenunterstützung für Hamburg schwer einzuführen ist, da die Zentrale

mit ihren Einnahmen nicht auskommen wird und Zuschuß von der Hauptkassa haben muß. Die Diskussion wurde eine sehr lebhafteste, da ein Theil der Kollegen dafür, ein anderer dagegen war, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, hauptsächlich wurde angeführt, daß dieses unser Verband mit 5 Pf. Beitragserhöhung nicht leisten könne und überhaupt 24—28 Mt. pro Jahr zu wenig sei, da dieses nur einen Wochenaußfall ausmache, auf der anderen Seite wurde durch die Statistik des Zentralvorstehenden bewiesen, daß wir dieses doch wohl einführen können und hingewiesen, daß nicht die Filiale Hamburg die Grundlage zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung sei, es müßten auch andere Filialen in Betracht gezogen werden; hierauf stellt Kollege Rommel den Antrag, daß vor der Generalversammlung eine Urabstimmung über diesen Punkt stattfinden soll, welcher Annahme fand. Der 3. Punkt, Neuwahl des Agitationskomitees, mußte zurückgestellt werden, da der Obmann, Kollege Eingrieber, verhindert war zu erscheinen. Hierauf wurden noch verschiedene innere Angelegenheiten erledigt. Den dänischen Genossen wurden 25 Mt. überwiesen.

**Jena.** Freitag, den 1. September, war unsere diesjährige Generalversammlung. Als Vorsitzender wurde Kollege Tittel, als Schriftführer Kollege Vogel, als Kartelldelegierter Kollege Brunert gewählt. Unter Verschiedenes sprachen sich die Kollegen alle für Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus. Wir müssen leider konstatieren, daß die Mitgliederzahl seit Gründung der Filiale wieder zurückgegangen ist. Dies erklärt sich dadurch, daß sich einige Kollegen wieder abmeldeten, theils abreisten; auch wurde einer wieder ausgeschlossen. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Kollegen, welche augenblicklich noch der Filiale angehören, in ein er Werkthätig sind und haben wir leider in derselben noch einige solche traurige Kollegen, welche es nicht der Mühe werth halten, sich ihren organisierten Kollegen anzuschließen. Unsere Versuche, die hiesigen fernestehenden Kollegen dem Verbandsbezug zuzuführen, sind vollständig gescheitert. Wir hatten dieselben theils mündlich, schriftlich und auch in der hiesigen Presse eingeladen, in den Versammlungen zu erscheinen, jedoch ohne Erfolg. Auch haben wir beschlossen, eine Agitationstour nach Apolda zu unternehmen. Hoffentlich wird dieser Versuch von Erfolg gekrönt.

**Bavaria.** Am 8. Oktober fand hier unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Es wurden zu Anfang 2 Kollegen aufgenommen, dann wurde Kollege Fürbötter zum Schriftführer gewählt. Danach wurde in längerer Diskussion die Arbeitslosenunterstützung durchgenommen. Betreffs dieses Punktes wurde beschlossen, den Zentralvorstand zu ersuchen, eine Urabstimmung vorzunehmen. Ferner wurde noch beschlossen, eine Generalversammlung abzuhalten. Zum Schluß wurden noch verschiedene Mißstände in hiesigen Privat- und Militärefektenwerkstätten erörtert.

**Freib.** In unserer Versammlung vom 23. Sept. machte sich die Neuwahl eines Schriftführers nöthig, da der bisherige, der Kollege Böttner, sich noch nicht wieder hat sehen lassen. Ueberhaupt konnte derselbe mehr als Feind denn als Freund unserer Organisation betrachtet werden. An seiner Stelle wurde Kollege Sanderland gewählt. Kollege Schäro wurde 2. Vorsitzender.

**Leipzig.** Mitgliederversammlung vom 2. September. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur Arbeitslosenunterstützung, spricht Kollege Busch, derselbe geht näher auf die Arbeitslosigkeit und deren Ursache ein, er sucht dadurch die Nothwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung darzutun. In der Diskussion wird für und gegen dieselbe gesprochen, unter Anderem wird das „Eingefandte“ des Kollegen Standte besprochen, es wird gesagt, daß wir keine 600 neue Mitglieder gewonnen, sondern wir haben damit nur den alten Bestand von 1896 um ungefähr 100 Mitglieder überschritten. Kollege Berger stellt den Antrag: Den Zentralvorstand zu ersuchen, drei Monate vor der Generalversammlung eine Urabstimmung stattfinden zu lassen, derselbe wird angenommen. Nachstehende Resolution wird gleichfalls angenommen: Die von 100 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Leipzig erklärt sich im Prinzip für Arbeitslosenunterstützung. Als zweiter Punkt wird die Angelegenheit der Buchdrucker nochmals diskutiert und folgende Resolution angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Verhalten des hiesigen Gewerkschafts-Kartells in Sachen der tarifreuen Buchdrucker einverstanden. Es wird den Delegierten aufgegeben, nur für Zulassung der tarifreuen Buchdrucker zu stimmen, wenn sich dieselben dem Statut des Kartells voll und ganz unterwerfen. Unter Vereinsangelegenheiten wird die Führung des Arbeitsnachweises besprochen. Kollege Busch verwahrt sich gegen den Vortritt der Kollegen in Eisleben, daß er nach dort als Referent bestellt gewesen sei. Hierauf erfolgt Schluß der Versammlung.

**Leipzig.** Mitgliederversammlung vom 7. Oktober. Zum ersten Punkt der Tagesordnung spricht Genosse Dieze über das Leipziger Krankenkassenwesen. In der Diskussion hierüber wird nichts Wesentliches vorgebracht.

Hierauf verliest der Kassirer die Abrechnung vom dritten Quartal, die Einnahme betrug 277,10 Mt., die Ausgabe 268,88 Mt., bleibt ein Kassensbestand von 18,22 Mt. Die Zahl der Mitglieder ist 98. Derselbe wird hierauf entlastet.

Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wird Kollege Busch zum ersten, Salch zum zweiten Vorsitzenden und Holzappel zum Schriftführer gewählt, dieselben versprechen, ihr Amt gewissenhaft zu erfüllen.

Kollege Görnik berichtet über die Thätigkeit des Agitations-Komitees; in den verschiedenen Städten wurde versucht, Mitglieder zu werben und Verwaltungsstellen zu errichten, theilweise auch mit Erfolg. Die Einnahme im letzten halben Jahre betrug 108,17 Mt., die Ausgabe 62,85 Mt., bleibt ein Bestand von 40,32 Mt. Dem Agitations-Komitee wird Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Komitees werden folgende Kollegen gewählt: Störr, Görnik und Wendt. Zu Delegierten in das Gewerkschaftskartell werden die Kollegen Loben und Wikowski ernannt.

Die Abrechnung vom Stiftungsfest verliest Kollege Rohland, bei demselben wurde ein ansehnlicher Ueberschuß erzielt.

Kollege Herschka beantragt, bei den Wahlen in unserer Gewerkschaft vorher eine Kommission zu wählen, die dann in der Versammlung geeignete Vorschläge für die Wahl machen kann. Der Antrag wird angenommen.

Unter Anderem wird beschlossen, eine Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen. In der Angelegenheit der Buchdrucker beschließt die Versammlung nochmals, ihren früher gefaßten Beschluß aufrecht zu erhalten.

**Offenbach-Hieber.** Ein tragisches Ende nahm unser Verbandskollege Georg Rebell von Hieber. Sonntag noch lustig und munter, schoß er sich die Nacht auf Montag eine Kugel in den Kopf, die nach 4 Stunden den Tod herbeiführte.

Was ihm dazu getrieben, weiß Niemand, da er keine diesbezügliche Andeutungen hinterließ und sonst in sehr geordneten Verhältnissen lebte. Er bekleidete das Amt des Unterkassiers von Hieber, das er mustergerig obwaltete. Sein sich oft krankhaft zeigender Ehrgeiz mag wohl die einzige Ursache gewesen sein.

Da ein religiöses Begräbniß verweigert wurde, übernahm der Verband die Beerdigung, und die zahlreiche Beteiligung bewies, wie beliebt der erst 20 jährige Kollege war; möge dies seinen Eltern zum Troste dienen. Von den Kollegen ist ihm ein ehrendes Andenken gesichert.

### Fachverein der Sattler, Caschner und Riemer Osterrichts.

Berichte und Notizen aus Oesterreich sind nicht an die Redaktion, sondern an Heinrich Wilhelm, Wien V, 2, Jahngasse 18, einzusenden.)

Gelder für den Fachverein sind an den Kassirer der Centrale Mathias Gause, VIII. Josefstädterstraße 81 zu senden. Gelder für die freie Organisation sind an den Hauptkassirer Richard Domes, VII, Bielegasse 43, zu senden. Arbeitsvermittlung: Montag, Mittwoch und Samstag im Vereinslokal, VI, Mariaböserstr. 13 (E. Kuffner's Restaurant). Reise-Unterstützung beim Arbeitsvermittler Josef Ghludna, VI, Kasernengasse 12 (12—1 u. 6—7 Uhr).

**Wien.** Zur Kündigungsfrist. (Fortsetzung.) Der § 77 der G.-D. bestimmt, daß die Kündigungsfrist, wenn nichts Anderes vereinbart ist, 14 Tage sowohl für den Arbeiter als auch für den Unternehmer beträgt. Das Gesetz bestimmt also, daß, wenn nichts vereinbart wurde, die Bedingung der 14 tägigen Kündigungsfrist vorausgesetzt wird; es fragt sich nun, wann gekündigt werden könne. Mit Rücksicht auf die Allgemeinheit der gesetzlichen Vorschrift ist es zweifellos, daß — wenn nichts Anderes vereinbart wurde — die Kündigung täglich, also auch an einem Wochentag erfolgen kann.

Dagegen läuft diese Frist durch volle 14 Tage, so daß der Arbeiter, dem am Montag, den 16. Jänner gekündigt wird, das Recht hat, bis Montag Abends (30. Jänner) zu arbeiten und bis dahin den Lohn zu begehren. Würde jedoch schon am Samstag, also am 28. Jänner die Entlassung des Arbeiters erfolgen, so hat dieser das Recht, den Unternehmer auf Zahlung des Lohnes für den Montag zu verklagen. Darauf, ob die Kündigung Montag früh oder Abends erfolgte, kommt es nicht an. Dies geht schon aus § 125 der Zivilprozeß-Ordnung hervor, wo es heißt: „Bei Berechnung einer Frist, welche nach Tagen bestimmt ist, wird der Tag nicht mitgerechnet, in welchem der Zeitpunkt oder die Ereignung fällt, nach der sich der Anfang der Frist richten soll.“

Da das Gesetz dem Arbeiter bios das Recht auf eine 14tägige Kündigungsfrist, nicht aber ein Recht auf vollen Lohn für 14 Tage zuspricht, so kann der Arbeiter für jene Tage, an welche er, selbst wenn er im Dienste des Unternehmers geblieben wäre, keinen Anspruch auf Lohn gehabt hätte, auch im Falle vorzeitiger Entlassung keinen Lohn fordern.

Nehmen wir an, ein Arbeiter wurde am 28. Dezember 1898 ohne Kündigung entlassen. Er bezog bis dahin einen Lohn von 2 fl. täglich. Kann er nun 28 fl., das ist zweimal 14 fl., fordern? Nein. Für den 25. und 26. Dezember 1898 (Weihnachtsfertertage) für den 1. Jänner 1899 (Sonntag) und für den 6. Jänner 1899 (Feiertag), kann er keinen Lohn begehren. Es steht ihm daher bios ein Anspruch für 10 Tage zu. Ihm gebühren nach diesem Beispiele also nicht 28 fl., sondern bios 20 fl. Es sei noch die Frage erörtert, ob der ohne Kündigung entlassene Arbeiter verpflichtet ist, die ihm innerhalb der Kündigungsfrist angebotene Arbeit wieder aufzunehmen. Diese Frage ist entschieden zu verneinen. Mit dem Momente der Entlassung des Arbeiters ist der Arbeitsvertrag aufgelöst und es treten die in § 84 der G.-D.

angegebenen Folgen von selbst ein. Es hiesse die rechtliche Natur der Vorschrift der §§ 77 und 84 der G.-D. gänzlich verkennen, wollte man etwas anderes behaupten.

Der § 84 der G.-D. lautet:

„Wenn der Gewerbe-Inhaber ohne einen gesetzlichen Grund einen Hilfsarbeiter entläßt oder durch von seiner Seite dem Besten Grund zur vorzeitigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses glebt, so ist er verpflichtet, dem Hilfsarbeiter den Lohn und die sonst vereinbarten Genüsse für die ganze Kündigungsfrist beziehungsweise für den noch übrigen Theil der Kündigungsfrist zu vergüten.“

Weiter bespricht Dr. Ingwer die Kündigungsfrist für Affordarbeiter und sagt, die Vereinbarung des Affordlohnes ändert an dem Wesen des Vertrages nichts, sie ist nur eine bestimmte Form der Entlohnung. Es ist daher selbstverständlich, daß der erste Satz des § 77 der G.-D. schon seiner allgemeinen Fassung nach für alle Hilfsarbeiter, also auch für Affordarbeiter gilt.

Die Affordarbeiter haben demnach wie alle anderen Hilfsarbeiter, Anspruch auf eine 14 tägige Kündigungsfrist. Nun versuchte man diese selbstverständliche gesetzliche Bestimmung zu verdrehen und sagte: „Der erste Satz des § 77 der G.-D. gilt nur für Arbeiter, die Zeitlohn beziehen, auf Affordarbeiter findet er keine Anwendung.“ Zur Unterstützung dieser durchaus falschen Ansicht berief man sich auf den zweiten Satz des § 77 der G.-D. Dieser lautet: „Doch sind Hilfsarbeiter, welche nach dem Stücke entlohnt werden oder im Afford arbeiten, erst dann auszutreten berechtigt, wenn sie die übernommene Arbeit ordnungsmäßig beendet haben.“ Nun enthält dieser Satz nur eine Spezialbestimmung; er verfügt, daß Affordarbeiter erst dann auszutreten berechtigt sind, wenn sie die übernommene Arbeit ordnungsmäßig beendet haben, das heißt, der Affordarbeiter darf trotz Ablaufs der 14 tägigen Kündigungsfrist nur dann austreten, wenn er die übernommene Arbeit beendet hat. Etwas Anderes will dieser Satz nicht sagen, am allerwenigsten steht er mit dem ersten Satz im Widerspruch. Durch das Wortchen „doch“, mit dem der zweite Satz beginnt, ist vielmehr zweifellos gemeint, daß der erste Satz auch für Affordarbeiter gilt, daß diese jedoch erst dann austreten dürfen, wenn sie die Arbeit beendet haben. Hätte das Gesetz den Affordarbeitern das Recht der vierzehntägigen Kündigungsfrist nehmen wollen, dann hätte es sich ganz anders ausdrücken müssen. Der erste Satz hätte ausdrücklich aussprechen müssen, das bei Hilfsarbeitern, die nach der Zeit entlohnt werden, die 14 tägige Kündigungsfrist vorausgesetzt wird. Das oder etwas nur annähernd Ähnliches steht im Gesetze nicht. Dr. Ingwer behandelt noch die Frage, ob die Bestimmung des § 77 Absatz 2 der G.-D. nur dem Unternehmer das Recht einräumt, vom Arbeiter die Beendigung der Arbeit zu verlangen, oder ob auch der Affordarbeiter das Recht auf Beendigung der Arbeit dem Unternehmer gegenüber hat. Diese Frage ist zu bejahen, da nach § 1165 a. b. C. B., dem Arbeiter auch für Dienste und Arbeiten, die nicht zu Stande gekommen sind, eine angemessene Entschädigung gebührt, wenn er das Geschäft zu verrichten bereit war, und vom Besteller oder durch einen Zufall daran verhindert wurde.“ Diese Ansicht hat auch das Wiener Gewerbegericht in einer im April d. J. gefällten Entscheidung zum Ausdruck gebracht.

Wir glauben mit dem Abdruck dieser juristischen Auslegung des § 77 der G.-D. unsere Mitglieder über eines ihrer wichtigsten Rechte informiert zu haben und machen noch aufmerksam, daß über eventuelle Streitigkeiten über das Lohn- und Arbeitsverhältnis, die Gewerbegerichtsbeisitzer unserer Branchen die nötige Auskunft erteilen.

### Monatsbericht der Sattler Wiens.

Uebersicht der Einnahmen aus den Werkstätten pro August und September 1899.

Hadenberg u. Rischmayr 19 Mitgl. (Mat) 12,94 fl.; Nebeceral 5 Mitgl. (Juli) 4,90 fl.; Fischer u. Co. 20 Mitgl. (August) 6,30 fl.; Schittenhelm 8 Mitgl. (1 Woche Mat) 4,37 fl.; Angerer 4 Mitgl. (Juli) 2,70 fl.; Venner u. Pusch 3 Mitgl. (2 Wochen August) 2,40 fl.; Schetter u. All 3.— fl.; Wehrle u. Blasto 2 Mitgl. (bis Septbr.)

2,20 fl.; Pakal, Eduard, 1 Mitgl. 1.— fl.; Ripka, Karl, 1 Mitgl. 1.— fl.; Schmied, Eduard, 1 Mitgl. 1.— fl.; Schmacel 1 Mitgl. 1.— fl.; Ribatschek 1 Mitgl. 1 fl.; Gotsis, Karl, 1 Mitgl. (Septbr.) 0,40 fl.; Schalberger, Alois, 1 Mitgl. 0,40 fl.; Mann, Alois, 1 Mitgl. 0,45 fl. Summa 45,06 fl.

### Gehilfen-Ausschuß der Taschner Wiens.

#### Einladung

zu der Sonntag, den 29. Oktober 1899, um 9 Uhr Vormittags in L. Aufscher's Restauration, VI, Mariabilderstr. 13 stattfindenden

### ordentlichen Gehilfen-Versammlung

der Taschner Wiens.

Tages-Ordnung: 1. Lesung des Protokolles. 2. Bericht des Ausschusses. 3. Wahlen. 4. Anträge und Anfragen.

Der Ausschuß.

### Für die Berliner Kollegen.

Die Arbeiter-Bildungsschule, welche sich jetzt im neunten Jahre ihrer Thätigkeit befindet, beginnt mit dem 16. Oktober ds. J. ihre Winterkurse.

In unserer Zeit, in der sich die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Besitzenden und Besitzlosen so stark zuspitzen, in der der Kampf zwischen Kapital und Lohnarbeit immer schroffere Formen annimmt, sollte es jeder denkende Arbeiter mit Freude begrüßen, wenn ihm Gelegenheit gegeben wird, nach knapper und leicht faßlicher Methode sich diejenigen Kenntnisse auf den verschiedenen Wissensgebieten zu erwerben, die ihm zur Führung des großen Befreiungskampfes vom Joch des Kapitals unbedingt nötig sind.

Wir fordern daher alle Vereine, Vertrauensleute und Gewerkschaften, denen doch in erster Linie daran gelegen sein muß, Tüchtigkeit und Bildung in ihren Kreisen verbreitet zu sehen, auf, dafür zu sorgen und es sich zur Ehrenpflicht zu machen, daß der Arbeiter-Bildungsschule immer mehr Mitglieder zugeführt werden, damit es möglich ist eine recht große Anzahl von Kämpfern für den Emancipationskampf der Arbeiterklasse heranzubilden.

Die Eröffnung des Winter-Semesters der Arbeiter-Bildungsschule findet Mitte Oktober in der Neuen Hofstraße 8, Hof part., statt. Beginn der einzelnen Kurse:

Montag, den 16. Oktober: Nationalökonomie. „Grundriss der Nationalökonomie“. Vortragender: Dr. E. Schmidt.

Donnerstag, den 19. Oktober: Natur-Erkenntnis. „Die Fortschritte in der Erkenntnis über den Menschen im neunzehnten Jahrhundert“. Vortragender: Schriftsteller W. Bölsche.

Freitag, den 20. Oktober: Geschichte. „Geschichte der großen französischen Revolution, mit besonderer Berücksichtigung der geistigen Strömungen vor und während derselben“. Vortragender: Dr. R. Steiner.

Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 1/11 Uhr.

Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pfg.; das Schulgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mk. Der erste Abend eines jeden Kursus steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Ausnahmen finden statt im Schullokal, Neue Hofstraße 8, Hof part., und in folgenden Zahlstellen: Gottfried Schulz, Admiralstraße 40a; Neul, Barnimstraße 42; Schiller, Rosenthalerstraße 57 und bei Krause, Müllerstraße 7a.

Etwasige Anfragen sind zu richten an Hermann Lammé, erster Vorsitzender, S. 59, Hagenhaide Nr. 72.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Sassenbach, Berlin, Invalidenstr. 118.  
Druck: Rauer & Dimmig, Berlin S., Luisen-Ufer 11.

## Anzeigen.

### Achtung, Kollegen!

Das Verzeichniß und Arbeitsnachweis befindet sich von jetzt ab in der Zentralperle zum Erlanger Hof, Borsingasse.

Mitglieder-Versammlungen finden vom Mittwoch, den 11. Oktober, regelmäßig alle 14 Tage Mittwoch bei F. H. Knosp, Biegelgasse 20, statt.

Verband der Sattler, Tapezierer u. verw. Berufenen.  
Sitzort: Frankfurt a. M.

### Sattlerei

eventuell mit Haus und Garten, in einem Dorfe der Provinz Brandenburg, ist zu verkaufen. In der näheren Umgebung befinden sich bedeutende Pflanzungen. Offerten unter J. K. 14 an die Expedition dieser Zeitung.

Dekorations- und größere Möbelschäfte, welche mit der feinsten Kunstfertigkeit in Verbindung stehen. Binnen mit leistungsfähiger Leppichfabrik zwecks Uebernahme des sonstigen Kleinvertriebs ihrer Spezialartikel in Verbindung treten. Off. u. F. G. J. 396 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Am 8. Oktober verloren wir durch plötzlichen Tod ein treues Mitglied

**Georg Rebell**

im Alter von 20 Jahren.

Wir werden denselben ein ehrenvolles Andenken bewahren!

Verwaltungsrath Offenbach.

**Decorations-Zuschneide-Lehr!**

Belehrt fast Methode u. h. 23 Stücken, Preis 1 Mark, gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages in Marken versendet B. Scheer, Dekorateur, Frankfurt a. M., Alleeheilgasse 76 oder die Exped. d. Bl.

**Fachschriften u. Lehrbücher**

für Handwerker u. Gewerbetreibende

Kataloge gratis u. franco

JOH. SASSENBACH, Bücher-Versand, BERLIN